

Cui bono? Wem dient das Massaker von Hula?

Parteiische UN-Erklärung zu Syrien

Ein Kommentar von Werner Pirker

Das Massaker von Hula könnte den Vorwand für ein direktes Eingreifen der NATO in den syrischen Bürgerkrieg geliefert haben. Jedenfalls wird von seiten des Westens alles unternommen, das Publikum auf Krieg einzustimmen. Eine friedliche Lösung des Konflikts in und um Syrien scheint inzwischen so gut wie ausgeschlossen. Die jüngsten Ereignisse werden zum Anlaß genommen werden, die »internationalen Friedensbemühungen« für gescheitert zu erklären, den Bürgerkrieg weiter anzuhetzen und bei anhaltender Unterlegenheit der prowestlichen Seite der NATO die Aufgabe eines militärischen Regimewechsels zu übertragen.

Die »Wertegemeinschaft« weiß um den Nutzen von Provokationen bei der Auslösung westlicher Kriegshandlungen. Das erfundene Massaker von Racak – ein Gefecht war zur Massenhinrichtung umgedeutet worden – lieferte 1999 den Vorwand für den NATO-Bombenkrieg gegen Jugoslawien. Daß sich UCK-Banditen nun den syrischen Rebellen als Berater in Sachen Öffentlichkeitsarbeit angedient haben, paßt haargenau in Bild.

In Hula sind tatsächlich Zivilisten massakriert worden. Doch es ist keineswegs geklärt, wer die Verantwortung dafür trägt. Die jüngste Erklärung des UN-Sicherheitsrates läßt indes den Schluß zu, daß man im fernen New York bereits zu wissen meint, daß das Massaker der Regierungsseite anzulasten sei. »Bei einem Angriff auf Wohngebiete«, heißt es in der Erklärung, habe es einen »mehrfachen Artillerie- und Panzerbeschuß durch Regierungstruppen« gegeben. Der russische Außenminister Sergej Lawrow gibt beiden Seiten die Schuld für das Blutbad. »Wir wissen, daß die Oppositionsarmee, zumindest ihre radikalsten Teile, fortwährend Zeichen erhält, nicht aufzuhören«, sagte er.

Darum genau geht es. Die bewaffnete Opposition, von den Ölscheichs aufgerüstet und von westlichen Militärberatern auf Trab gebracht, hat nie auch nur das geringste Interesse an einer nichtmilitärischen Lösung des Konflikts bekundet. Alle Angebote von Regimeseite, eine politische Reform, einschließlich der Bildung eines Mehrparteiensystems, durchzuführen, wurden vom prowestlichen Syrischen Nationalrat stets zurückgewiesen. Auch der Annan-Plan stieß auf seiten der Opposition auf kaum verhüllte Ablehnung. Damit dürfte auch einigermaßen klar sein, in wessen strategischem Kalkül das Massaker von Hula liegt. Nicht in dem des syrischen Regimes, das freie Wahlen und damit auch die Möglichkeit eines friedlichen Machtwechsel offeriert, sondern in dem der bewaffneten Opposition, die ausschließlich auf ein militärisches »Regime Change« setzt und eine Nacht der langen Messer in Aussicht stellt.

Damit ist noch nicht gesagt, daß die Regierungstruppen vor Ort keine Verbrechen gegen Zivilisten begangen haben. Daß es sich aber um ein vom Regime bewußt geplantes oder auch nur in Kauf genommenes Massaker gehandelt hat, ist mehr als unwahrscheinlich.